

Kommunaler Klimaschutz

Handlungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen in deutschen
Städten und Gemeinden

von Friederike Behr und Jan-Hendrik Kamlage



1. Einleitung

Die Städte und Gemeinden in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen und Veränderungen mit Blick auf die umwelt- und energiepolitischen Ziele, die es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu erreichen gilt. Die größte politische Herausforderung unserer Zeit ist der Klimawandel (WGBU 2011). Der zunehmende Anstieg der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre und die daraus folgende globale Temperaturerhöhung bedrohen die planetaren Leitplanken unserer Erde zu überschreiten und unsere Lebensgrundlagen fundamental zu verändern. Ein Strukturwandel ist nötig. Der fossile Wachstumspfad in den Schlüsselsektoren der Wirtschaft und das Konsumentenverhalten müssen zugunsten einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Lebens- und Wirtschaftsweise verlassen werden (Böcher und Nordbeck 2014). Die Europäische Union und die Bundesregierung reagieren auf die klimapolitischen Herausforderungen mit neuen energie- und klimapolitischen Zielen. Bis zum Jahr 2020 plant die Bundesregierung den Anteil der Treibhausgasemissionen auf 40 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. 83 Prozent der Emissionen entfielen im Jahr 2012 allein auf die Produktion und Nutzung fossiler Energien in Verkehr, Industrie und Haushalten (Wilke 2013); Handlungsfelder, die auf die Verantwortung der Städte und Gemeinden verweisen.

Der Klimaschutz und die Energiewende mobilisieren vielfältige Kräfte in der Gesellschaft. Einerseits im Widerstand gegen einzelne Veränderungen und Vorhaben, die

tiefgreifende Eingriffe in die Lebenswelt, Risiken und Nachteile für die Betroffenen vor Ort bedeuten und andererseits unterstützend für die sozial-ökologische Transformation in Bioenergiedörfern, Klimakommunen, Energiegenossenschaften, urbanen Gärten und Reparaturcafés.

Das KWI-Working Paper „Kommunaler Klimaschutz: Handlungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen in deutschen Städten und Gemeinden“ arbeitet die Schlüsselrolle der Kommunen bei der Erreichung der klimapolitischen Ziele heraus. Ziel des Papieres ist es einerseits die zentralen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie Aufgabenbereiche der Städte und Gemeinden im Klimaschutz zu beleuchten und andererseits die ermöglichenden und begrenzenden Rahmenbedingungen zu explizieren. Genauer gehen wir dabei auf die Möglichkeiten der Interdependenzgestaltung durch Beteiligung und Kommunikation zur gesellschaftlichen Aktivierung und Mobilisierung im Rahmen von urbanen Governancesystemen ein. Zu diesem Zweck stellen wir zentrale Ergebnisse aus Interviews mit elf Klimaschutzmanager/innen aus Städten des Ruhrgebietes vor. Im Anschluss an die Einleitung skizzieren wir im zweiten Kapitel des Beitrages (2) die zentralen allgemeinen Herausforderungen des Klimaschutzes und die theoretischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen im Rahmen des urbanen Governance, die auf die Aktivierung und Mobilisierung der vielfältigen Akteure in der Stadtgesellschaft abzielen. Das dritte Kapitel (3) widmet sich den Aufgabenzuweisungen und Kompetenzbereichen der Kommunen im deutschen Föderalismus, um daraus den Gestaltungs- und Handlungsrahmen des kom-

munalen Klimaschutzes genauer zu bestimmen. Kapitel (4) dreht sich um förderliche und begrenzende Rahmenbedingungen, die sich zum einen aus der föderalen Staatsstruktur und zum anderen aus dem überlokalen Handlungsraum ergeben. Die Möglichkeiten, Akteure der Stadtgesellschaft in den Klimaschutz auf kommunaler Ebene einzubinden, sind vielfältig und werden in Abschnitt (5) beschrieben. Die konkrete Umsetzung und strategische Verortung wird im folgenden Kapitel nachgezeichnet (6). Die sich daraus ergebenden Herausforderungen für eine auf Kooperation und Selbstorganisation setzende kommunale Climate Change Governance werden anschließend herausgearbeitet (7). Abschließend diskutieren wir die Herausforderungen mit Blick auf alternative Herangehensweisen.

2. Herausforderung kommunaler Klimapolitik: Akteure, Verflechtung und urbane Governance

Der Klimawandel gilt als „wicked problem“ (Head 2008). Gekennzeichnet ist dieser durch eine hohe Unsicherheit über dessen Ursachen und Folgen. Charakteristisch für die Klimapolitik ist der lange Zeitraum der Veränderungsprozesse und die komplexen, sektoren- und politikfelderübergreifenden Akteursstrukturen, die ein Regieren in komplexen Mehrebenensystemen nötig machen. Der Bedarf an Koordination und integrativen Entscheidungsprozessen im Klimawandel konfrontiert insbesondere föderale, aber auch transnationale Strukturen mit verschiedenen politischen Ebenen, Akteuren und Sektoren mit großer Schwierigkeiten (Böcher/Nordbeck 2014 für den Kli-

mawandel und Nanz et al. für den Netzausbau).

Städten und Gemeinden kommt für die Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele eine Schlüsselrolle zu (Bulkeley/Betsill 2005). Sie sind Verursacher des Klimawandels durch ihren hohen Energieverbrauch und gleichzeitig die Orte mit hohen Einspar- und Reduktionspotenzialen. Städte und Gemeinden und hier vor allem Großstädte mit größeren finanziellen Spielräumen fungieren als Versuchslabore und Vorreiter der sozial-ökologischen Transformation (Kemmerzell/Tews 2014; Schneidewind 2014). Den Herausforderungen der Klimapolitik muss, so viel ist sicher, mit lokalen Aktivitäten und Lösungsstrategien begegnet werden.

Städte und Gemeinden verfügen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge über erhebliche Gestaltungspotenziale in der Klimapolitik. Die Erfahrbarkeit der Klimafolgen, die Möglichkeiten der unmittelbaren Mitgestaltung durch die Bürgerschaft und weiterer Stakeholder und die geringe räumliche Distanz zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zeichnen die Kommunen aus und bieten vielfältige Anknüpfungspunkte für lokale Aktivierung und Mobilisierung sowie Lösungsstrategien (Böcher/Nordbeck 2014). Dabei konkurriert das Ziel des ökologischen Umbaus der Städte und Gemeinden immer auch mit anderen Zielen der lokalen Politik, wie vor allem Wirtschaftswachstum und sozialem Ausgleich (Campbell 2007). Klimapolitik ist daher im hohen Maße auf die Legitimität¹ und Akzeptanz² der Entscheidungen sowie die Kooperation und Einbindung der Bevölkerung an-

gewiesen, um ein von vielen getragenes Mandat für die nachhaltige Transformation zu erlangen sowie die Eigeninitiativen der Bevölkerung aufzunehmen und im Sinne der Transformation wirksam werden zu lassen.

Dafür bedarf es neuer Figurationen demokratischer und administrativer Steuerung, die dreierlei leistet: 1. gesellschaftliche Konflikte und Widerstände frühzeitig erkennt und konstruktiv bearbeitet, 2. legitimes kollektives Entscheiden ermöglicht und politische Handlungsfähigkeit herstellt und 3. Strukturen und Möglichkeiten der Selbstorganisation und des Engagements entwickelt und fördert (Kamlage 2012), um einen Handlungsrahmen für gemeinsame Aktivitäten von Verwaltung, Zivilgesellschaft und Marktakteuren zu entwickeln. Urbane Governance-systeme (Pierre 2014) stellen dabei die entscheidende Stellschraube für die Gestaltung eines sozialökologischen und soziotechnischen Wandels dar. Governance kann dabei verstanden werden als Gesamtheit der Wege öffentliche und private Interessen zu koordinieren und abzuwägen, um gemeinsame An-

liegen der Akteure zu bearbeiten (Ginski/Selle 2015). Es geht um die Abstimmung, Koordinierung, Konfliktbearbeitung und Zusammenarbeit vielfältiger Akteure aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit dem Ziel des gemeinschaftlichen Handelns. Um die multiplen Interdependenzen der Akteure zu gestalten, sind intentionale Formen der Kommunikation und Prozesse der Beteiligung von großer Bedeutung. Die Information und Beteiligung der Bürgerschaft und der Marktakteure spielen dabei eine wichtige Rolle. Erstens agieren die Bürger/innen und Unternehmen als Investoren und Ko-Produzenten wie beispielsweise im Bereich der Energiegenossenschaften und Energievereine, zweitens als Nutzer des produzierten Stroms und der Wärme. Drittens dienen sie als Akzeptanzquellen der nachhaltigen Transformation durch partizipativ entwickelte Leitbilder, Programme und Ziele wie etwa gemeinschaftlich beschlossene CO₂-Minderungsziele, die im Rahmen kommunaler Beteiligungsprozesse³ entstehen, und

1) Der Begriff der Legitimität fokussiert die Anerkennungswürdigkeit politischer Prozesse und Entscheidungen. In dialogorientierten Beteiligungsverfahren beispielsweise basiert Legitimität auf dem kollektiv diskursiven Prozess der Legitimation. Anerkennungswürdigkeit verdienen Beteiligungsprozesse aufgrund der diskursiven Herstellung von Empfehlungen und Entscheidungen, wenn die Genese der Entscheidungen in einem Prozess verläuft, der nach allgemein anerkannten Maßstäben der Gerechtigkeit und Fairness gestaltet ist. Dazu gehören beispielsweise Offenheit, Transparenz, Zwanglosigkeit und Inklusivität (Habermas 1992).

2) Akzeptanz beschreibt die empirisch feststellbaren, individuellen Motive der Menschen Entscheidungen, Verfahren und Akteure zu akzeptieren. Die Varianz der Motive ist dabei vielfältig. Es kann von aktivem Einwilligen bis hin zu schlichtem Hinnehmen oder Billigen bedeuten. Dies kann sowohl durch Zwang, Angst, Strafen als auch durch Entschädigungen und Überzeugung motiviert sein. Akzeptanz ist daher nicht direkt auf den politischen Prozess selber zu beziehen und ist nicht notwendiger Weise an diesen zu binden.

3) In der Literatur finden sich unterschiedliche Begriffe für die Prozesse und Verfahren der unmittelbaren Beteiligung der Bürger/innen sowie Stakeholdern an politischen Entscheidungen. Darunter sind u.a. demokratische Innovationen (Smith 2009) Mini-publics (Goodin/Dryzek 2006) und dialogorientierte Beteiligungsverfahren (Kamlage et al. 2014; Smith 2005). Demokratische Innovationen beispielsweise umfassen ein breites Spektrum systemischer und institutioneller Innovationen, die das unmittelbare Engagement und die Beteiligung der Menschen in der Demokratie zulassen wie z.B. in Onlineverfahren, face-to-face Beratungen oder Kombinationen oder aber direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten etc. (Smith 2005). Mini-publics und dialogorientierte Beteiligungsprozesse hingegen fokussieren die unmittelbare Kommunikation der Beteiligten in geschützten und dafür gestalteten Kommunikations- und Beratungsräumen. Beispiele hierfür sind Runde Tische, Bürgerversammlungen, Planungszellen und Bürgerräte.

viertens verfügen sie über lokales Wissen für die zielgerichtete Umgestaltung der Stadt und Gemeinde.

3. Kommunalen Klimaschutz: Aufgaben, Kompetenzbereiche und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen

Der komplexen Akteurskonstellation und Verflechtung auf kommunaler Ebene steht eine klare Struktur der Zuständigkeiten im föderalen Mehrebenensystem gegenüber. Deutschland verfügt über einen zweistufigen Staatsaufbau: Bund und Länder sowie einen dreistufigen Verwaltungsaufbau: Bund, Länder und Kommunen. Die Gesetzgebung obliegt dem Bund und den Ländern. Die Ausführungszuständigkeit liegt bei den Städten, Gemeinden und Kreisen. Die Städte und Gemeinden verfügen innerhalb dieser Struktur über die Möglichkeit der kommunalen Selbstverwaltung. Im Rahmen dieser gebundenen Teilautonomie entwickeln sich die Kommunen immer mehr von demokratisch legitimierten Verwaltungseinheiten zu Orten der demokratischen und partizipativen Demokratie (Heinelt/Mayer 2000).

In den kommunalen Kompetenzbereich fallen z.B. das Beschaffungswesen, die Flächennutzungsplanung innerhalb der Stadt/Gemeinde, die Planung und Gestaltung der Verkehrswege, der ÖPNV, die Bewirtschaftung öffentlicher Flächen und Gebäude sowie die Förderung des lokalen Engagements und der Bürgerbeteiligung. Diese Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten nutzen Städte und Gemeinden beispielsweise für die lokale

Energieversorgung aus regenerativen Energien durch kommunale Stadtwerke. Weiterhin erarbeiten die Kommunen Verkehrsentwicklungspläne, fördern treibhausgasarme Mobilitätsformen wie Fahrradverkehr und ÖPNV ggf. durch eigene Verkehrsbetriebe, erstellen Flächennutzungspläne, die Vorgaben für die emissionsarme Bebauung machen, beteiligen die Bürgerschaft an politischen Prozessen und Entscheidungen zur nachhaltigen Umgestaltung und setzen die Rahmenbedingungen für Eigeninitiativen wie urbane Gärten, Energiegenossenschaften und Zwischennutzungskonzepte etc.. Zu unterscheiden ist allerdings zwischen Pflicht- und freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. Den überwiegenden Teil der Aufgaben mit direktem klima- und energiepolitischem Bezug stellen freiwillige Aufgaben dar, die in eigener Verantwortung der Kommunen ausgeführt und finanziert werden.

Um ihre Aufgaben zu erfüllen, vernetzen und kooperieren Kommunen vermehrt auf der horizontalen Ebene mit Bürger/innen, organisierter Zivilgesellschaft, Wirtschaftsunternehmen und anderen organisierten Interessen vor Ort, um diese für ihre Ziele zu mobilisieren. Public-Privat Partnership Modelle und auch die vielfältigen lokalen Initiativen der Klima- und Energiepolitik sind Ausdruck dieser Entwicklung. Kennzeichen dieser Entwicklungen sind aber auch die große und steigende Anzahl von Bioenergiedörfern⁴, Klimakommunen, 100-Prozent-Regionen und Energiegenossenschaften, in denen ver-

4) Die Bezeichnung Bioenergiedorf geht auf einen bundesweiten Wettbewerb „Bioenergiedörfer 2010“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zurück. Er richtet sich an Orte im ländlichen Raum, die mindestens 50 % ihres Strom- und Wärmebedarfs aus regional erzeugter Biomasse decken. Die Vergaben der Auszeichnung sind dabei eng geknüpft an Aspekte der regionalen Entwicklung und der Bürgerbeteiligung (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2012).

schiedene Akteursgruppen gemeinsam zu Gunsten der Klimapolitik wirken.

4. Handlungsraum oberhalb der Kommunen: fördernde und begrenzende Rahmenbedingungen des Klimaschutzes

Die Möglichkeiten des lokalen Regierens werden durch die Politikverflechtungen im deutschen und transnationalen Mehrebenensystem sowohl eingeschränkt als auch erweitert. Politikverflechtung bedeutet, dass die politischen Ebenen über formale und informelle Kooperations- und Koordinationsmechanismen in den verschiedenen politischen Arenen aneinander gekoppelt sind. Politische Lösungen und Umsetzungen benötigen allerdings oft einheitliches Entscheidungsverhalten und gemeinsames Handeln der Akteure, sei es auf der horizontalen Ebene z. B. innerhalb von Gebietskörperschaften, Städtenetzwerken und Verbundstrukturen oder aber in vertikalen Strukturen und Institutionen wie z. B. dem Bundesrat und dem Bundestag⁵.

Eingeschränkt werden die Kommunen im Rahmen der Politikverflechtung durch Regulation und Vorgaben des Bundes und der Länder. In den zentralen Handlungsfeldern des Klimaschutzes hat der Bund die ausschließliche, respektive, konkurrierende Gesetzgebungskompetenz wie z.B. in den Bereichen des Luftverkehrs, Energiewirtschaft, Bauvorschriften, Straßenverkehr und Luftreinhaltung (Biedermann 2011). Daraus folgt, dass die Bundesländer in diesen Bereichen entweder gar nicht tätig werden dürfen oder

nur dort, wo der Bund keinen Gebrauch von seiner Gesetzgebungskompetenz macht. Die Länder und auch die Kommunen führen dabei bundesrechtliche Vorgaben aus. Im Kommunalrecht und Landesplanungs- und Bauordnungsrecht hingegen verfügen beispielsweise die Länder über ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen, die von den Kommunen ausgeführt werden müssen. Ergänzende Einschränkungen erfährt die kommunalpolitische Ebene z.B. durch die Haushaltsaufsicht und Vorgaben der Länder in den Bereichen der Gebäudesanierung, der Förderung der Erneuerbaren Energien und der Regionalplanung der Vorrangflächen für Windenergienutzung.

Die im Vergleich mit dem Bund und den Ländern schwache Position der Kommunen im deutschen Föderalismus hat gravierende Folgen. Kommunen haben nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, selber finanzielle Einnahmen zu generieren und sie müssen oft ohne vollständige Gegenfinanzierung die Aufgabenzuweisungen von Bund und Ländern ausführen. Die Haushaltssituation strukturschwacher Kommunen ist dramatisch. Der Gemeindefinanzbericht 2014 des Deutschen Städtetages belegt, dass die Schere zwischen armen und reichen Kommunen und Bundesländern immer größer wird und systematisch ungleiche Lebenschancen und Verhältnisse erzeugt. Die prekäre Finanzsituation vieler Kommunen führt dazu, dass für freiwillige Aufgaben wie Klimaschutz nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung stehen und von Finanzierungs-

5) Inkongruentes Verhalten führt dann oft zu langanhaltenden Entscheidungsblockaden in den Arenen wie etwa im Fall der Suche nach einem Atomendlager zwischen dem Bund und den Ländern oder zwischen den Ländern.

quellen außerhalb der Kommunen abhängen.

Demgegenüber erweitern die Mehrebenenstrukturen die Möglichkeiten der Städte und Gemeinden je nach Ausgangslage und Finanzausstattung erheblich. Sowohl die EU, der Bund als auch die Länder setzten ambitionierte klima- und energiepolitische Ziele, die es zu erreichen gilt und die den Kommunen Orientierung bieten. Die Bundesregierung und die Länder positionieren sich dabei weltweit als Vorreiter (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2013; Europäische Union 2013)⁶. Neben dem Orientierungsrahmen bieten alle drei Ebenen auch konkrete Anreiz- und Förderprogramme, die durch die Kommunen genutzt werden können. Der Bund beispielsweise fördert über die Nationale Klimaschutzinitiative (Kommunalrichtlinie) innovative Projekte, Einzelvorhaben und thematische Förderungen von Kommunen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen, die die CO₂-Reduktion zum Ziel haben. Darüber hinaus werden Beratungsleistungen, kommunale Klimaschutzmanager und die Entwicklung von Klimaschutzkonzepten gefördert, um Anlaufstellen und kommunale Verwaltungskapazitäten für den Klimaschutz auszubauen. Darunter fallen auch die „Masterplan-100%-Klimaschutz“ Kommunen. Dabei wurden 19 Städte, Gemeinden und Landkreise ausgewählt, die als lokale Leuchtturmkommunen des Klimaschutzes fungieren (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau & Reaktorsicherheit 2015a). Voraussetzung für die Bewerbung ist, dass die

Kommunen und Kreise planen bis zum Jahr 2050 die Treibhausgasemission um 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken und ihren Verbrauch an Endenergie in dieser Zeit zu halbieren. Gebunden ist die Förderung dabei an die Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes durch die Beteiligung der Bürgerschaft vor Ort (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau & Reaktorsicherheit 2015b). Das BMBF fördert außerdem inter- und transdisziplinäre Forschungsvorhaben im Rahmen der Forschung für Nachhaltigkeit (FONA), die praxisnah innovative Lösungsansätze sowohl für die Energiewende als auch für die Klimapolitik entwickeln. Neben der Förderung der Technologie adressiert die FONA auch Fragen der urbanen Governance und der Bürgerbeteiligung in den geförderten Forschungsvorhaben (Kulturwissenschaftliches Institut Essen 2015). Und auch auf der Ebene der Bundesländer lassen sich verschiedene Förderprogramme und Wettbewerbe finden. Niedersachsen beispielsweise unterhält eine Klimaschutz- und Energieberatungsagentur, die sowohl Dörfer, Städte und Gemeinden als auch Unternehmen und Haushalte über Förderungsmöglichkeiten im Bund und im Land informiert und konkret berät (Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen 2015). Niedersachsen zeichnet analog zum Bund jährlich Klimakommunen aus.

Bund und Länder arbeiten im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik heute weniger mit direkten Steuerungsmodi, wie Gesetzen und Finanzausweisungen, sondern vermehrt mit Modi, die Ziele oder Standards setzen

6) Die EU plant die durchschnittlichen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 20% zu senken, den Anteil an erneuerbarer Energien auf 20% zu steigern und die Energieeffizienz um 20% zu erhöhen – im Vergleich zum Jahr 1990.

und Anreize wie Förderprogramme in der praxisnahen Forschung und Leistungswettbewerben bieten (Benz 2012). Durch die extrem unterschiedliche Finanzausstattung der Kommunen in Deutschland wirken sich insbesondere Förderprogramme und Leistungswettbewerbe fatal aus, da gerade finanz- und organisationsstarke Kommunen überproportional profitieren, während eine Förderung in der Breite der Städte und Gemeinden vernachlässigt wird.

Die Europäische Union fördert stark die horizontale Netzwerkbildung der Kommunen. Exemplarisch ist dabei der Konvent der Bürgermeister (CoM) zu nennen, der durch die Kommission im Jahr 2008 gegründet wurde, um Kommunen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Energiepolitik zu unterstützen (Covenant of Mayors 2013). Der Konvent unterstützt die Kommunen bei der Entwicklung von Energieaktionsplänen, die konkrete Ziele und ggf. Maßnahmen vorsehen. Es besteht heute eine große Vielfalt an horizontalen Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten für die Kommunen. Nationale und transnationale Städtenetze als zentrales Beispiel entwickeln sich dynamisch und nehmen stetig an Bedeutung zu. Weitere Beispiele dafür sind der Deutsche Städtetag, das Klimabündnis Europäischer Städte, Eurocities, Energy Cities, Transition Towns und das International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI). Städtenetze dienen dabei nicht nur als Ort der Netzwerkbildung, des Austausches von Wissen und guter Beispiele aus der Praxis, sondern auch und insbesondere als Interessenvertretung der Städte und Gemeinden in nationalen, internationalen und europäischen Politikarenen (Kern 2001). Kommunen und hier vor allem

die Metropolen entwickeln sich zu transnationalen Playern, die kommunale Außenpolitik an den Ländern und dem Bund vorbei betreiben.

Die deutschen Kommunen sind im Bereich Klimapolitik in komplexe Governancestrukturen eingebunden, die sich über mehrere Ebenen erstrecken und einen überlokalen Handlungsrahmen und -raum für die Städte und Gemeinden bieten. Die vielfältigen Netzwerke, Informations- und Finanzierungsquellen und Wettbewerbe benötigen allerdings auch finanzielle und personelle Ressourcen, um genutzt zu werden. Von diesen Möglichkeiten profitieren ebenfalls stärker größere und finanzstarke Kommunen. Gleichzeitig sind die Kommunen heute mehr auf neue Informationen und Innovationen sowie auf neue Finanzierungsquellen angewiesen, um der Herausforderung von Klimawandel, Energiewende und demographischem Wandel zu begegnen. Ein Dilemma, das nur durch eine grundlegende Veränderung der finanziellen Rahmenbedingungen der Städte und Gemeinden aufzulösen ist.

Die transformativen Beiträge der Städte im Rahmen der Mehrebenenstruktur sind dabei weitgehend unterforscht und nicht differenziert beschrieben. Dies gilt insbesondere für die Beiträge der Zivilgesellschaft, deren Einbindung in kommunale Klimaschutzaktivitäten im Folgenden skizziert werden soll.

5. Kommunikation und Beteiligung im kommunalen Klimaschutz

Kommunikation und Beteiligung sind zentrale Instrumente des kommunalen Klima-

schutzes, um die Akteure der Stadtgesellschaft für diese Aufgabe zu aktivieren und zu mobilisieren. Politik, Verwaltungen, öffentliche Unternehmen, private Unternehmen, organisierte Zivilgesellschaft, Bürgerinitiativen, informelle Gruppen und eine Vielfalt an Bürger/innen bringen sich in unterschiedlichen Weisen und Rollen in den Klimaschutz vor Ort ein. Es bestehen vielfältige Interdependenzen und Bezüge zwischen den Akteuren wie Kooperationen, Partnerschaften, Informationsbeziehungen und Konflikte im Miteinander. Viele Aktivitäten geschehen dabei auch ganz ohne das Zutun der Politik und Verwaltung als selbstorganisierte Prozesse wie beispielsweise urbane Gärten, Reparaturcafés und informelle Gruppen, während andere Aktivitäten Unterstützung und Rahmung durch staatliches Handeln bedürfen. Kommunen haben die Möglichkeit den Handlungsrahmen für diese Prozesse kooperativ zu gestalten, um den vielfältigen Handlungen und Aktivitäten der Akteure der Stadtgesellschaft eine gemeinsame Richtung zu geben. Insbesondere die Gestaltung der Interdependenzen durch Politik und Verwaltung ermöglicht ein gemeinschaftliches Handeln und kollektive Entscheidungen.

Kern et al. (2005: 4) identifizieren vier Aufgabenbereiche, in denen Kommunen wirken können: als „Verbraucher und Vorbild“, „Planer und Regulierer“, „Versorger und Anbieter“ und „Berater und Promotor“. Die praktische Bedeutung und Ausgestaltung von Kommunikation und Beteiligung in den Aufgabenbereichen der Kommunen unterscheidet sich dabei je nach Bereich erheblich. Besonders wichtig erscheinen sie allerdings, um die eigenen Aktivitäten als Vorbild präsentieren zu können, ebenso um die Be-

ratungs- und Promotorenfunktion umzusetzen. Um die vielfältigen Akteure der Stadtgesellschaft in den kommunalen Klimaschutz einzubeziehen, arbeiten Stieß und Andere (2013) vier Herangehensweisen heraus: „enable – befähigen und ermöglichen“, „encourage – Anreize schaffen“, „engage – engagieren und mobilisieren“ und „exemplify – mit gutem Beispiel voran gehen“. Diese Kategorisierung von Instrumenten macht mehrere Herangehensweisen für Kommunikation und Beteiligung deutlich, mit verschiedenen Verständnissen von Veränderungsprozessen: Mit Blick auf die Herangehensweise „befähigen und ermöglichen“ zielen Stieß und Andere (2013) auf die Bereitstellung von Informationen und relevanter Infrastrukturen. Anreize, ob durch Geld oder in anderer Form, können durch Kommunen eingesetzt werden. Die in der Studie genannten Beispiele setzen häufig auf eine Verknüpfung von Informationen und Anreizen. Eigene kommunale Handlungen, aber auch die Aktivitäten anderer können durch Verwaltung und Politik als Vorbild gesetzt werden. Alle drei Herangehensweisen erhoffen sich, dass durch Informationen alternative Handlungsweisen bewusst gemacht werden oder Hemmungen durch Vorbild oder Anreiz reduziert werden. Der vierte Aspekt, „engage – engagieren und mobilisieren“, setzt dabei auf Aktivitäten, die sich aus der Stadtgesellschaft heraus ergeben, in der Regel aber durch die Verwaltung in Kontexte eingebettet werden. Die Systematisierung von Stieß und Anderen konzentriert sich dabei stark auf die Verwaltung als Themen setzende und gestaltende Instanz.

6. Praxis der Kommunikation und Beteiligung im kommunalen Klimaschutz

Zentrale Akteure der Gestaltung von Kommunikation und Beteiligung sind kommunale Klimaschutzmanager/innen. Finanziert sind diese zumeist durch die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau & Reaktorsicherheit. Der Bund unterstützt so Städte und Gemeinden sowohl finanziell als auch bei der thematischen Schwerpunktsetzung im kommunalen Klimaschutz. Voraussetzung und Grundlage für die Förderung des Bundes ist die Entwicklung und Vorlage eines Klimaschutzkonzeptes. Die Studie von Behr (2016) zeigt, dass die Ausformulierung der Kommunikationsmaßnahmen und Beteiligungsmöglichkeiten in den Konzepten zumeist oberflächlich bleibt und kaum lokale Besonderheiten integriert. Konkrete Maßnahmen finden sich mit informierendem Charakter sowie mit Bezug auf Netzwerkbildung (Behr 2016).

Mit Blick auf die Umsetzung der Maßnahmen zeigt die Studie, dass sich in der Praxis der Klimaschutzmanager/innen drei Wege und Herangehensweisen der Maßnahmenumsetzung unterscheiden lassen:

- 1) Die Klimaschutzmanager/innen orientieren sich bei der Auswahl der Maßnahmen und deren Umsetzung überwiegend an bestehenden Maßnahmenplänen, die sich durch städtische Klimaschutzkonzepte und Projektanträge ergeben.
- 2) Eine „kreative“ Auslegung der Maßnahmenpläne entsprechend der wechselnden Bedürfnisse und Herausforderungen lässt sich ebenfalls in der Praxis finden. Dies wird möglich, wenn Pläne und Konzepte eher generell gehalten werden. Die Maßnahmenumsetzung erfolgt dann, wenn sich beispielsweise Gelegenheiten zur Kooperation ergeben. Dies beeinflusst dann auch die inhaltliche Ausgestaltung.
- 3) Eine thematisch offene Herangehensweise wird selten gewählt. Dabei können Themen aus der Zivilgesellschaft leitend für Maßnahmenentwicklungen, Ausgestaltung und Umsetzung sein. Dies wird möglich, wenn eine langfristige Einbindung verschiedener Akteure erfolgt bzw. keine Maßnahmenvorgaben aus Projekten gegeben sind oder die Rahmenbedingungen entsprechend angepasst oder kreativ genutzt werden.

Welche Wege in der alltäglichen Arbeit eingeschlagen werden, hängt auch von den persönlichen Erfahrungen und Kompetenzen der Klimaschutzmanager/innen ab sowie der Bereitschaft innerhalb der Verwaltung und politischen Gremien neue bzw. innovative Ansätze zu erproben (Behr 2016).

- Neben den inhaltlichen Vorgaben zur Ausgestaltung der Kommunikation lassen sich ebenfalls Herausforderungen mit Blick auf Steuerungsprozesse im Bereich Kommunikation und Beteiligung finden. Diese werden nun im Folgenden skizziert.

Neben den inhaltlichen Vorgaben zur Ausgestaltung der Kommunikation lassen sich ebenfalls Herausforderungen mit Blick auf Steuerungsprozesse im Bereich Kommunikation und Beteiligung finden. Diese werden nun im Folgenden skizziert.

Neben den inhaltlichen Vorgaben zur Ausgestaltung der Kommunikation lassen sich ebenfalls Herausforderungen mit Blick auf Steuerungsprozesse im Bereich Kommunikation und Beteiligung finden. Diese werden nun im Folgenden skizziert.

7. Einbindung und Verankerung der Klimaschutzaktivitäten in den Kommunen

Die Analyse der Interviews mit den Klimaschutzmanager/innen aus den Ruhrgebietsstädten (Behr 2016) verdeutlicht, dass diese

in ihrer Arbeit mit zwei zentralen Herausforderungen konfrontiert sind: 1) eine zumeist stark hierarchisch geprägte Gestaltung der Entscheidungen und Abläufe sowie 2) eine starke Projektorientierung in diesem Aufgabenbereich.

1) Wesentliche Grundlage für wirksame kommunale Klimaschutzaktivitäten sind einerseits Gemeinde- und Stadtratsbeschlüsse und andererseits die aktive Unterstützung der Aktivitäten durch die politischen Mandatsträger/innen und die Verwaltungsspitzen. In der Praxis zeigt sich hingegen, dass Klimaschutz in Konkurrenz zu kommunalen Pflichtaufgaben häufig eine nachrangige Priorität durch Verwaltungsspitze und Politik eingeräumt wird. Dies macht deutlich, dass es an Wissen über Klimaschutz und Klimaanpassung sowie deren Komplexität in der Spitze der Politik und Verwaltung mangelt und wird insbesondere dann auffällig, wenn:

- eine konsequente Verankerung des Themas Klimaschutz und Klimaanpassung als Querschnittsaufgabe und,
- Kommunikation und Beteiligungsprozesse sowie
- die langfristige, strategische und gerade nicht auf kurzfristige Wirkung zielenden Aktivitäten vernachlässigt werden.

Die Entwicklung wird durch weitere Faktoren bestärkt. Insbesondere die Bevorzugung kurzfristiger und auf öffentliche Sichtbarkeit fokussierte Ziele und Maßnahmen, die Abhängigkeit der Unterstützung für den Klimaschutz vom Takt der Kommunalwahlen und verwaltungsinterne Macht- und Konkurrenzkämpfe erschweren eine an der Sache orien-

tierte Maßnahmenentwicklung und somit auch einen wirksamen und langfristigen Klimaschutz in den Kommunen.

2) Die Entwicklung langfristiger Ziele und entsprechender Maßnahmen sind insbesondere durch die Projektorientierung des kommunalen Klimaschutzes eine Herausforderung. (a) Durch den zeitlich begrenzten Rahmen der Projekte und die damit verbundenen Personalressourcen und Finanzierungsmöglichkeiten wird der Aufbau kontinuierlicher und über mehrere Jahre wirkender Strukturen, ggf. auch außerhalb der Verwaltung, erschwert. Für den Aufbau langanhaltender und belastbarer Strukturen zur Förderung bzw. Unterstützung selbstorganisierter Prozesse zivilgesellschaftlicher Akteure sind die kurzen Zeitfenster der Projektfinanzierung eine starke Begrenzung. Eine Finanzierung über die Projektlaufzeit aus Haushaltsmitteln gelingt nur selten. (b) Darüber hinaus kann bei der Antragsformulierung mit ihrem thematischen Fokus, bedingt durch die vom Bund formulierten Förderrichtlinien, selten eine Entwicklung der Maßnahmen mit Personen aus den für die Projektanträge ausgewählten Quartieren gemeinsam erfolgen. Knappe Einreichfristen und die Förderlogik widersprechen einer Einbindung direkt betroffener oder gestaltungswilliger Personen. (c) Die Fördermittelausschreibungen forcieren zudem eine thematische Engführung: Die Kommunen haben die Möglichkeit, zu dem bestimmten Thema Mittel einzuwerben (z. B. im Bereich Mikro kWk Anlagen). Kommunikation, Beteiligungsorientierung und Förderung selbstorganisierter Prozesse bzw. von Engagement sind selten vorgesehen. In einer Vielzahl der Ausschreibungen ist Kommunikation ein „add on“, das für die Förderung

zwingend nötig ist, aber inhaltlich wenig fundiert wird.

Den genannten Schwierigkeiten der Projektorientierung im kommunalen Klimaschutz könnte man entgegenhalten, dass bereits in der Entwicklung der Klimaschutzkonzeption Themenschwerpunkte gesetzt wurden, zusammen mit den Bürger/innen. Vor dem angestrebten Ziel eines umfassend wirksamen und langfristigen Klimaschutzes wirkt dies wenig hilfreich. Die in diesem Kontext organisierte Beteiligung fand auf einer Metaebene statt. Zudem sind die Beteiligungsverfahren selten offen. Die Themen der Workshops werden von der Verwaltung oder der Beratungsagentur gesetzt. Es ist aus den Klimaschutzkonzepten auch nicht direkt nachvollziehbar, wie die Themen aus den Workshops Eingang gefunden haben.

8. Fazit

Städte und Gemeinden verfügen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge über erhebliche Gestaltungspotenziale in der Klimapolitik. Sie sind eingebunden in komplexe Governancessstrukturen, die sich über mehrere politische Ebenen erstrecken und einen überlokalen Handlungsraum mit vielfältigen Kooperations- und Fördermöglichkeiten bieten. Um diese zu nutzen, benötigen Kommunen allerdings ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen, die allzu oft nicht bereitstehen.

Städte und Gemeinden bieten vielfältige Anknüpfungspunkte für die lokale Aktivierung und Mobilisierung der Stadtgesellschaft. Um gemeinschaftliche Aktivitäten im Klimaschutz abzustimmen, Konflikte zu bearbeiten und die Zusammenarbeit vielfältiger Akteure

aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu erreichen, braucht es funktionierende urbane Governancesysteme. Kommunikation und Beteiligung sind dabei zentrale Mittel für die Gestaltung der unterschiedlichen Interdependenzen. Die Rahmenbedingungen der Kommunen für diese Gestaltung stellen allerdings vielfältige Herausforderungen dar. Insbesondere die angespannte Haushaltslage und die damit verbundene Abhängigkeit von Fördermitteln sind als problematisch anzusehen.

Die Ergebnisse einer Befragung von Klimaschutzmanager/innen in Ruhrgebietsstädten verdeutlicht die Problematik. Eine Ausgestaltung von Maßnahmen kann sich durch die Projektförderung weniger an lokalen Bedürfnissen und strategischen Zielen orientieren, als vielmehr an den auf höherer politischer Ebene gesetzten Schwerpunkten für Projektfinanzierungen.

Die zeitlich befristeten Förderzeiträume erweisen sich als hinderlich für die Etablierung langfristiger Strukturen und Kooperationen. Möglichkeiten, Wissen für die Förderung selbstorganisierter Prozesse der Engagementförderung zu gewinnen, können daher in dem Bereich Klimaschutz nur selten entwickelt werden. Erfahrungen aus anderen Bereichen kommunaler Aktivitäten können kaum genutzt werden.

Mit Blick auf das Mehrebenensystem stellt sich die Frage, ob der Bund mit seiner punktuellen und kurzfristigen Förderung des Klimaschutzes in den Städten und Gemeinden seinem Ziel gerecht wird. Eine umfassende Evaluation der Aktivitäten könnte hier differenzierte Antworten liefern.

Literatur:

- Benz, Arthur (2012): Stadtpolitik im Wandel der föderalen Ordnung. In: Egner, Björn/Haus, Michael/Terizakis, Georgios (Hrsg.), *Regieren*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 345–360.
- Biedermann, Anna (2011): Klimaschutzziele in den deutschen Bundesländern. Dessau - Roßlau: Umweltbundesamt.
- Böcher, Michael/Nordbeck, Ralf (2014): Klima-Governance: Die Integration und Koordination von Akteuren, Ebenen und Sektoren als klimapolitische Herausforderung Einführung in den Schwerpunkt. In: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 7 (2). Text abrufbar unter: <http://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/17316> (Zugriff am 4.6.2015).
- Bulkeley, Harriet/Betsill, Michele (2005): Rethinking Sustainable Cities: Multilevel Governance and the „Urban“ Politics of Climate Change. In: *Environmental Politics*, 14 (1), 42–63.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2012): Bioenergiedörfer 2012 für vorbildliches Engagement ausgezeichnet. Text abrufbar unter: <http://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2012/343-BL-Bioenergiedoerfer.html> (Zugriff am 6.3.2015).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau & Reaktorsicherheit (2015a): Klimaschutz braucht Initiative. Text abrufbar unter: <https://www.klimaschutz.de/de/artikel/klimaschutz-braucht-initiative> (Zugriff am 6.3.2015).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau & Reaktorsicherheit (2015b): Kommunalrichtlinie. Text abrufbar unter: <https://www.klimaschutz.de/de/programm/kommunalrichtlinie> (Zugriff am 6.3.2015).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2013): Europäische Energiepolitik. Text abrufbar unter: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiepolitik/europaeische-energiepolitik.html> (Zugriff am 6.3.2015).
- Campbell, Scott (2007): Green Cities, Growing Cities, Just Cities?: Urban Planning and the Contradictions of Sustainable Development. In: *Journal of the American Planning Association*, 62 (3), 296–312.
- Covenant of Mayors (2013): Covenant of Mayors. Multi-level Action for sustainable energy. Brüssel.
- Europäische Union (2013): The EU climate and energy package. Text abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/clima/policies/package/>. (Zugriff am 6.3.2015).
- Ginski, Sarah/Selle, Klaus (2015): Kommunikative Vielfalt verstehen. Einführungen in ein Forschungsprojekt zu multilateraler Kommunikation in Stadtentwicklungsprozessen. In: *pnd|online*, Aachen, 2015.
- Goodin, Robert E./Dryzek, John S. (2006): Deliberative Impacts: The Macro-Political Uptake of Mini-Publics. In: *Politics & Society*, 34 (2), 219–244.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Erstausgabe. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Head, Brian W. (2008): Wicked Problems in Public Policy. In: *Public Policy*, 3 (2), 101.
- Heinelt, Hubert/Mayer, Margit (2000): *Modernisierung der Kommunalpolitik: Neue Wege zur Ressourcenmobilisierung*. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Kamlage, Jan-Hendrik (2012): *Demokratische Potenziale zivilgesellschaftlicher Beteiligung im Partnerschaftsmodell der europäischen Regionalpolitik*. Bremen.
- Kamlage, Jan-Hendrik/Nanz, Patrizia/Fleischer, Björn (2014): Bürgerbeteiligung und Energiewende: Dialogorientierte Beteiligung im Netzausbau. In: *Ekardt, Felix/Grothe, Anja/Hasenclever, Wolf-Dieter/Hauchler, Ingomar/Jänicke, Martin/Kollmann, Karl/Michaelis, Nina V./Nutzinger, Hans G./Rogall, Holger/Scherhorn, Gerhard* (Hrsg.), *Viertes Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie*. Marburg: metropolis, 195–216.
- Kemmerzell, Jörg/Tews, Anne (2014): Akteursorientierungen im überlokalen Handlungsraum. Herausforderungen und Chancen lokaler Klimapolitik im Mehrebenensystem. In: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 7 (2). Text abrufbar unter: <http://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/17317> (Zugriff am 4.6.2015).
- Kern, Kristine (2001): *Transnationale Städten-*

- etzwerke in Europa. In: Schröter, Dr Eckhard (Hrsg.), Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 95–116.
- Kern, Kristine/Niederhafner, Stefan/Rechlin, Sandra/Wagner, Jost (2005): Kommunal-er Klimaschutz in Deutschland — Handlungsoptionen, Entwicklung und Perspektiven. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (2015): Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen. Text abrufbar unter: <https://www.klimaschutz.de/de/artikel/klimaschutz-braucht-initiative> (Zugriff am 6.3.2015).
- Kulturwissenschaftliches Institut Essen (2015): DEMOENERGIE Bürgerbeteiligung-sprozess im Raum Windischeschenbach-Püllersreuth-Pfaffenreuth-Seidlersreuth. Demoenergie. Text abrufbar unter: <http://www.demoenergie.de/> (Zugriff am 24.4.2015).
- Nanz, Patrizia/Kamlage, Jan-Hendrik/Richter, Ina (2015): Transformationen von Gesellschaft und Technik. In: Holstenkamp, Lars/Radtke, Jörg (Hrsg.), Energiewende und Partizipation. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Pierre, Jon (2014): Can Urban Regimes Travel in Time and Space? Urban Regime Theory, Urban Governance Theory, and Comparative Urban Politics. In: Urban Affairs Review, 1078087413518175.
- Schneidewind, Uwe (2014): Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. In: Zeitschrift Planung Neu Denken (pnd online), Wuppertal, 2014.
- Smith, Graham (2005): Beyond the ballot: 57 democratic innovations from around the world. Southampton: Power Inquiry.
- Smith, Graham (2009): Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation. Cambridge, UK; New York: Cambridge University Press.
- Stieß, Immanuel/Dehmel, Christian/Sunderer, Georg/Rubik, Frieder/Kreß, Michael/Kraemer, Klaus/Florian Brugger/Kim, Se Jun/Frank Waskow/Pannenbecker, Sonja (2013): Frankfurt am Main: Institut für sozial-ökologische Forschung.
- WGBU (2011): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- Wilke, Sibylle (2013): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. Umweltbundesamt. Text abrufbar unter: <http://www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-deutschland> (Zugriff am 6.3.2015).

Über die KWI-Working Paper:

In der KWI-Working Paper Reihe werden in 4-monatigem Abstand (jeweils zum 15. April, August und Dezember) Beiträge veröffentlicht, die der Forschung am KWI entstammen bzw. inhaltlich oder personell eng mit den dortigen Forschungstätigkeiten verbunden sind. Sie orientieren sich inhaltlich an den KWI-Forschungsschwerpunkten Europa, InterKultur, KlimaKultur, Kommunikationskultur und Partizipationskultur.

Bei den KWI-Working Papers handelt es sich um begutachtete kultur- und gesellschaftswissenschaftliche Arbeiten unterschiedlichster wissenschaftlicher Disziplinen, die einen Beitrag zu aktuellen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten leisten oder diese anregen wollen. Dabei kann es sich sowohl um abgeschlossene Arbeiten wie auch aktuelle Erkenntnisse aus fortlaufenden Projekten handeln. Die einzelnen Working Paper werden in deutscher oder englischer Sprache ausschließlich online publiziert und sind unter <http://www.kwi-nrw.de/home/KWIworkingpaper.html> frei zugänglich.

Einreichungen aus dem KWI-Kollegium sowie von Personen, die dem KWI inhaltlich oder personell nahe stehen, sind herzlich willkommen und unter workingpaper@kwi-nrw.de jederzeit möglich.

Über das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI):

Das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI) ist das Forschungskolleg der Universitätsallianz Ruhr (UAR), zu der sich die Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen zusammengeschlossen haben. Seine Aufgabe ist die Förderung hervorragender interdisziplinärer Forschung in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften mit regionalen, nationalen und internationalen Partnern. Im Mittelpunkt der Institutsarbeit stehen gegenwärtig die Themenfelder Kulturen des Europäischen, kulturelle Vielfalt der Weltgesellschaft, kommunikative Praktiken in der Kommunikationskultur, kulturelle Aspekte des Klimawandels und Bürgerbeteiligung. Weitere Projekte befassen sich mit der Zukunft der Demokratie, der Entwicklung der Metropolen, dem Verhältnis von Kultur und Wirtschaft, dem Stellenwert der Religion in der internationalen Politik, den Wechselwirkungen zwischen Kultur- und Lebenswissenschaften, der Herausforderung durch die digitale Wissenschaftskommunikation und der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft.

Durch seine Veranstaltungen sucht das KWI den Dialog mit einer breiteren Öffentlichkeit, es unterhält enge Partnerschaften mit Kultureinrichtungen und Medien.

Editorial

© Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI), Goethestraße 31, 45128 Essen

Telefon +49 201 7204-0, Fax +49 201 7204-111, kwi@kwi-nrw.de

Verantwortlich i.S.d.P.: Claus Leggewie, Direktor des KWI

Redaktion: Isabelle De Bortoli (freie Redakteurin), Miriam Wienhold (KWI)

Layout Deckblatt: Susanne Pahl

ISSN 2 3 6 5 - 9 0 9 2

Weitere Informationen unter: www.kulturwissenschaften.de

Dezember 2015